



**Amt der  
Stadtverordnetenversammlung**

Schlossplatz 6\*  
65183 Wiesbaden  
Sachbearbeiter: Ralf Morbe  
Zimmer Nr.: 119  
Telefon: 0611 31-3314

**Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am 21. März 2024**

**1. Absetzungen von der Tagesordnung:**

keine

**2. Umsetzungen auf die Tagesordnung I**

keine

**3. Anträge, Anlagen, Beschlüsse, Stellungnahmen**

Dringlichkeitsantrag FWG / Pro Auto

I/6 Antrag FDP

I/6 Antrag AfD

I/11 Antrag CDU und FDP

I/11 Antrag AfD

I/13 Antrag Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt

I/13 Beschluss des Ausländerbeirates Nr. 20 vom 18.03.2024

**4. Protokollerklärungen und Abstimmungsverhalten**

Es liegen Protokollerklärungen von CDU, FDP, AfD, Die Linke, FWG / Pro Auto, Volt und BLW/ULW/BIG vor (s. Anlagen).

**Allgemeine Hinweise**

*Jeder/jede Mandatsträger/in ist zu jedem Punkt verpflichtet zu prüfen, ob ein Widerstreit der Interessen vorliegt. Ist diese Möglichkeit gegeben, so ist dies anzuzeigen und der Sitzungssaal zu verlassen. Eine Teilnahme als Zuhörer/Zuhörerin ist nicht zulässig. Zu den Bauleitplanungen kann im Amt der Stadtverordnetenversammlung Einsicht in die entsprechenden Pläne genommen werden.*



Fraktion FWG / Pro Auto, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden

An  
den Stadtverordnetenvorsteher  
Herrn Dr. Obermayr

über Amt 16

Wiesbaden, den 18.03.2024

**Dringlichkeitsantrag der Fraktion FWG / Pro Auto - Bürger- und Gremieninformation zum Rhein-Main-Link vorantreiben!**

Durch die öffentliche Berichterstattung wurde erstmals auch einem breiteren Publikum die Planung zum "Rhein-Main-Link", einer Stromtrasse von der Nordsee bis an die Bergstraße, bekannt.

In anderen, von der Trasse tangierten Kommunen, auch in Wiesbadens unmittelbaren Nachbarkreisen, fanden hierzu bereits Informationsformate statt. Wiesbaden ist im Terminplan des Trassenentwicklers in diesem Jahr, im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen, noch nicht mal vorgesehen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden

1. Wird gebeten zu berichten:
  - a.) Wie lange er bereits Kenntnis von Planung und Trassenverlauf hat.
  - b.) Welche baulichen Maßnahmen und Einrichtungen geplant sind.

- c.) Welche konkreten Auswirkungen bzw. evtl. Vor- und Nachteile die Trasse auf Natur, Bürger, Landwirtschaft und Wirtschaft in Wiesbaden haben wird.
2. In den betroffenen Ortsbezirken gemeinsam mit dem Trassenentwickler zeitnah stattfindende Informations- und Diskussionsformate zu organisieren, um eine breite Information und Beteiligung von betroffenen Gruppen und Bürgerschaft zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen  
**Christian Bachmann**  
Fraktionsvorsitzender

**Lea Nickel**  
Fraktionsreferentin



**Freie  
Demokraten**  
**FDP im Rathaus**

An den  
Stadtverordnetenvorsteher  
Herrn Dr. Gerhard Obermayr  
- im Hause -

Wiesbaden, 21.03.2024

**Änderungsantrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten zu TOP I/6 der  
Stadtverordnetenversammlung am 21. März 2024**

**Betreff: Vorbereitung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf die Teil-Legalisierung von Cannabis**

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:*

Ziffer 1 des Antrages von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt erhält folgende Fassung  
(Änderungen fettmarkiert):

„berichten, wie sich die Landeshauptstadt Wiesbaden, neben der Erhöhung der Zuschüsse für das  
Suchthilfezentrum, auf die anstehende Teil-Legalisierung von Cannabis vorbereitet, welche einzelnen  
Schritte und Maßnahmen auf kommunaler Ebene für eine erfolgreiche und rechtssichere Umsetzung  
des Cannabisgesetzes geplant sind **und wie Aufwand und haushaltsrelevante Bedarfe angesichts der  
Finanzlage auf das Unausweichliche reduziert werden können**. Die Bedarfe sind rechtzeitig zu den  
Haushaltsberatungen für 2025 vorzulegen.“

Christian Diers  
Fraktionsvorsitzender

Jeanette-Christine Wild  
Fraktionsgeschäftsführerin



An  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
Dr. Gerhard Obermayr  
über Amt 16  
Schlossplatz 6  
65183 Wiesbaden

Wiesbaden, den 18. März 2024

Änderungsantrag der AfD Stadtverordnetenfraktion für die Sitzung der  
Stadtverordnetenversammlung am 21. März 2024

**Änderungsantrag der AfD Fraktion zum Antrag „Teil-Legalisierung von Cannabis“ der Fraktionen Bündnis  
90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 12.03.2024. (24-F-63-0025)**

**Begründung:**

Am 22. März 2024 berät der Bundesrat über die Anrufung eines Vermittlungsausschusses zum Cannabisge-  
setz. Sollte der Bundesrat von seiner Möglichkeit Gebrauch machen, Einspruch gegen das Gesetz einzulegen  
und vorher einen Vermittlungsausschuss anzurufen, ist mit einer Einführung des Gesetzes in diesem Jahr  
nicht mehr zu rechnen.

**Antrag:**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle deshalb beschließen,

1. Alle Anträge zum Cannabisgesetz werden bis zur Entscheidung des Bundesrates zurückgestellt.
2. Sollte der Bundesrat einen Vermittlungsausschuss einberufen, sind bereits eingestellte Haushaltsmit-  
tel, wie die Zuschusserhöhung um 80.000 Euro an das Suchthilfezentrum, umgehend einzufrieren.
3. Sollte der Bundesrat einen Vermittlungsausschuss einberufen, sind alle Neueinstellungen im Rahmen  
des Cannabis Teil-Legalisierungsgesetzes auszusetzen. Bereits veröffentlichte Stellenanzeigen sind  
umgehend zu löschen.
4. Eingesparte Haushaltsmittel werden der Ehrenamtsförderung zugeführt.

.....  
.....  
AfD Stadtverordnetenfraktion

Carsten Propp  
Politischer Referent  
AfD Stadtverordnetenfraktion





An den Stadtverordnetenvorsteher  
Dr. Gerhard Obermayr  
über Amt 16

- im Hause -

Wiesbaden, 21. März 2024

**Ergänzungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP zum Antrag zu TOP I/11 „Identifikation per Video ID stadtwweit einsetzen“ (Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE und Volt vom 12.03.2024) für die Stadtverordnetenversammlung am 21. März 2024**

Der Antrag zu TOP I/11 wird wie folgt ergänzt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten,

1. in Absprache mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und der Bitcom über mögliche Sicherheitsrisiken, die das Videoident-Verfahren mit sich bringt, zu berichten und diese zu prüfen. Der Bericht sollte schnellstmöglich dem Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vorgelegt werden.
2. zu berichten, wie das Videoident-Verfahren seit der Einführung für die Online-Meldung des Wohnsitzes angenommen wurde und wie sich in diesem Zusammenhang die Anzahl der Online-Eheschließungsanträge entwickelt hat.
3. darüber hinaus die Onlineausweisfunktion und dessen Vorteile verstärkt zu bewerben.
4. unverändert BP 1. des Ursprungsantrages (die Authentifizierung per Videoident-Verfahren als Alternative zur eID-Ausweisfunktion bis zum Jahresende 2024 grundsätzlich überall dort anzubieten, wo sie kostenneutral realisierbar ist (insbesondere in den Civento-Prozessen)
5. unverändert BP 2. des Ursprungsantrages (in Diensten, in denen die Einführung des Videoident-Verfahrens zusätzliche Kosten verursacht, diese Kosten zu ermitteln und zur Berücksichtigung in den Haushaltsberatungen 2025 anzumelden)

Daniela Georgi  
Fraktionsvorsitzende  
CDU-Fraktion

Daniel Butschan  
Fraktionsgeschäftsführer  
CDU-Fraktion

Christian Diers  
Fraktionsvorsitzender  
FDP-Fraktion

Jeanette-Christine Wild  
Fraktionsgeschäftsführerin  
FDP-Fraktion





Rathausfraktion  
Wiesbaden

An  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
Dr. Gerhard Obermayr  
über Amt 16  
Schlossplatz 6  
65183 Wiesbaden

Wiesbaden, den 19. März 2024

Änderungsantrag der AfD Stadtverordnetenfraktion für die Sitzung der  
Stadtverordnetenversammlung am 21. März 2024

**Änderungsantrag der AfD Fraktion zum Antrag „Identifikation per Video ID“ der Fraktionen Bündnis 90/Die  
Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 12.03.2024. (24-F-63-0024)**

**Begründung:**

Laut Originalantrag würde die Einführung des Videoident-Verfahrens den Verwaltungsprozess signifikant vereinfachen und beschleunigen. Dies hätte auch Auswirkungen auf das Arbeitsvolumen der Mitarbeiter.

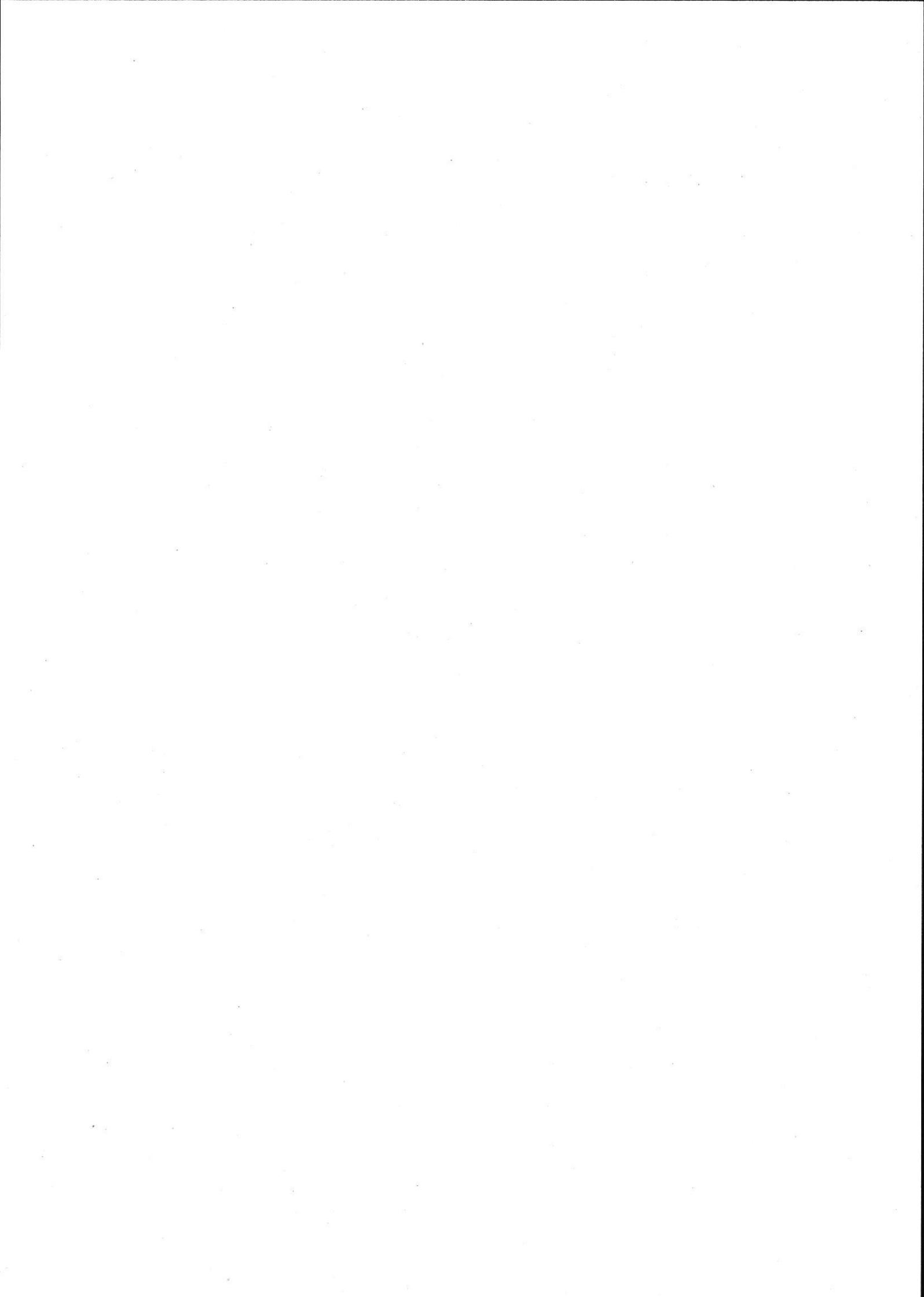
**Antrag:**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle deshalb beschließen,  
der Magistrat wird gebeten

Antrag Grüne, SPD, Linke und Volt original	Änderungsantrag AfD, Punkt 3 Neu
Punkte 1 und 2 im Originalantrag unverändert	<b>3. In Diensten, in denen der Abbau von Bürokratie und die damit verbundene Verringerung der Kosten möglich ist, zu evaluieren, ob die Mitarbeiter an anderer Stelle der LHW einsetzbar sind.</b>

Dr. Klaus-Dieter Lork  
Digitalpolitischer Sprecher  
AfD Rathausfraktion

Carsten Propp  
Politischer Referent  
AfD Rathausfraktion





An den Stadtverordnetenvorsteher  
Dr. Gerhard Obermayr  
über Amt 16, im Hause

Wiesbaden, 20. März 2024

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt zu TO I TOP 13 (Würdigung der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter) der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. März 2024

*Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:*

1. unverändert
2. Anknüpfend an den Bericht des Arbeitskreises (siehe 21-J-43-0003 vom 27.09.2023) einen Tag des interkulturellen Austausches zu etablieren (beispielsweise den 1. März, dem Tag, an dem der Ausländerbeirat 1972 zum ersten Mal tagte). Dort soll Zuwanderung und Arbeitsmigration als Teil der Wiesbadener Stadtgeschichte vergegenwärtigt werden. Ziel ist es, eine lebendige Erinnerungskultur in Gang zu bringen und dabei ebenso die Möglichkeiten von Kunst und Kultur wie von Wissenstransfer und interkulturellem Dialog zu nutzen.
3. Die Stadt Wiesbaden setzt sich für die Würdigung der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter durch die Benennung bestehender und neuer Straßen und Plätze ein. Diese Maßnahme soll nicht nur als symbolische Anerkennung dienen, sondern auch den Wissenstransfer in die Mehrheitsgesellschaft fördern. Den Ortsbeiräten wird nahegelegt, die noch in Vorbereitung befindliche Vorschlagsliste des Ausländerbeirats mit geeigneten Namensgeber\*innen bei Benennungsvorhaben zu berücksichtigen.
4. Die Errichtung eines Denkmals oder einer Statue zur Würdigung der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter zu prüfen. Trotz der finanziellen Herausforderungen erkennt der Ausländerbeirat die Notwendigkeit und Bedeutung dieses Vorhabens an, das nicht nur der Erinnerung dient, sondern auch Raum für Reflexion über vergangene und gegenwärtige Herausforderungen bietet.



5. (neu) Um die Ideenfindung und den Entscheidungsprozess zur Errichtung eines Denkmals oder einer anderen Form der Erinnerung im öffentlichen Raum voranzubringen und dieses Vorhaben in der Stadtgesellschaft zu verankern, soll ein Komitee gegründet werden. Ihm sollen neben Vertreter\*innen des Ausländerbeirats, des Magistrats und der Politik auch Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft angehören, etwa von migrantischen Selbstorganisationen und der lokalen Industrie, die von den Gastarbeiter\*innen profitiert hat. Über konkrete Vorschläge zur Teilnehmer\*innenschaft ist mit dem Ausländerbeirat zu beraten. Dieses Komitee soll auch sondieren, inwieweit es mithilfe von Spenden gelingen kann, das Vorhaben auch in Zeiten knapper städtischer Kassen zur Umsetzung zu bringen.

**Gesine Bonnet/Felix Kisseler**  
Fraktionsvorsitzende, B90/Grüne

**Silas Gottwald**  
Fraktionsvorsitzender, SPD

**Ingo von Seemen**  
Fraktionsvorsitzender, Fraktion Die Linke

**Janine Maria Vinha**  
Fraktionsvorsitzende, Volt

**Felix Kisseler**  
Fraktionsgeschäftsführer, B90/Grüne

**Silas Gottwald**  
Fraktionsgeschäftsführer, SPD

**Jasper Klos**  
Fraktionsreferent, Fraktion Die Linke

**Sascha Kolhey**  
Fraktionsgeschäftsführer, Volt



Vorlage Nr. 24-I-30-0004

## Tagesordnungspunkt 6

### der öffentlichen Sitzung des Ausländerbeirats am 18. März 2024

#### Würdigung der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter

Antrag des Vorstands:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Wiesbaden erkennt die Lebensleistung der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter an.
2. Den 1. März als jährlichen "Tag des Austausches" zu etablieren. Dieser Tag, der an die erste Sitzung des Ausländerbeirats im Jahr 1972 erinnert, soll durch eigenständige Veranstaltungen wie Seminare, Symposien oder Workshops geprägt sein, die einen intensiven Wissenstransfer und interkulturellen Dialog ermöglichen.
3. Die Stadt Wiesbaden setzt sich für die Würdigung der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter durch die Umbenennung bestehender oder die Benennung neuer Straßen und Plätze nach ihnen zu realisieren ein. Diese Maßnahme soll nicht nur als symbolische Anerkennung dienen, sondern auch den Wissenstransfer in die Mehrheitsgesellschaft fördern.
4. Die Errichtung eines Denkmals oder einer Statue zur Würdigung der Gastarbeiter zu beschließen und umzusetzen. Trotz der finanziellen Herausforderungen erkennt der Ausländerbeirat die Notwendigkeit und Bedeutung dieses Vorhabens an, das nicht nur der Erinnerung dient, sondern auch Raum für Reflexion über vergangene und gegenwärtige Herausforderungen bietet.

Begründung:

Die Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter spielten eine entscheidende Rolle für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Wiesbadens, indem sie in den 1960er und 1970er Jahren wesentlich zum Wachstum der lokalen Industrie und zur Vielfalt der Stadtgesellschaft beitrugen. Ihre Präsenz und Arbeit unterstützten nicht nur den wirtschaftlichen Aufschwung in einer Zeit des Arbeitskräftemangels, sondern führten auch zur "Unterschichtung", wodurch Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Mehrheitsgesellschaft in höhere Positionen aufsteigen konnten, was die soziale Mobilität innerhalb der Bevölkerung förderte. Damit haben die Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter maßgeblich zur wirtschaftlichen Dynamik und zum kulturellen Reichtum Wiesbadens beigetragen, was ihre Anerkennung und Würdigung in der politischen Diskussion rechtfertigt.

Trotz dieser Rolle als Arbeiterinnen und Arbeiter in niedrigeren Positionen, wussten Gastarbeiter-innen und Gastarbeiter eigenständig einen Platz im gesellschaftlichen Leben zu schaffen. So hebt Kulturdezernent Dr. Hendrik Schmehl in seinem Vorwort der Herausgabe „Wiesbaden und die Migration – Grundzüge einer städtischen Einwanderungsgeschichte seit 1945“ vom Stadtarchiv hervor, dass die Möglichkeiten für Unternehmen und für die Lokalpolitik bei der Unterstützung der Eigendynamik und den Willen der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, sich in das gesellschaftliche Leben einzubringen, nicht vollständig ausgeschöpft wurden: *„Im Mai 1964 beriet der Magistrat erstmals über die kulturelle Betreuung von Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern. Weder die Wiesbadener Arbeitgeber noch die Stadtpolitik hatten Angebote geschaffen. Die ‚Integration auf Widerruf‘ der 1970er Jahre führte insbesondere bei Kindern und Jugendlichen zu Isolation“.*

In der heutigen Diskussion über Migration im Allgemeinen aber auch im Spezifischen über die Arbeitsmigration der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter bleiben diese Aspekte unberücksichtigt. Dabei ist der Ausländerbeirat der Überzeugung, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen lehrreiche Rückschlüsse zur Festigung unserer pluralistischen Demokratie geben wird.

**Beschluss Nr. 0020**

Der Antrag des Vorstands wird antragsgemäß angenommen.

+

+

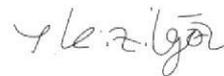
**Verteiler:**

Dezernat I z. w. V.

Dezernat IV z. K.

Amt 33 z. K.

Amt 41 z. K.



Kizilgöz  
Vorsitzender



CDU-Rathausfraktion | Schlossplatz 6 | 65183 Wiesbaden

Rathausfraktion  
Schlossplatz 6  
65183 Wiesbaden

An den Vorsitzenden der  
Stadtverordnetenversammlung  
Herr Dr. Gerhard Obermayr

Telefon: 0611-31 21 59  
Telefax: 0611-31 59 10

Wiesbaden, 21. März 2024

## **Umdruck zur Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 21. März 2024**

### **A. Umsetzungswünsche**

### **B. Protokollerklärungen / Abstimmungsverhalten**

#### **I. Protokollerklärungen**

- II/2 23-F-63-0025 Alternativantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt zu Top I.7 "23-F-69-0010 - Ein dritter Tag für das Theatrum – ein dritter verkaufsoffener Sonntag für die Innenstadt" der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 09. Februar 2023 – Bericht des Dezernates II vom 04.03.2024 –  
„Die CDU-Fraktion enthält sich. Wir nehmen das vom Dezernat vorgelegte Gutachten natürlich zur Kenntnis, teilen aber die vom Dezernat daraus gezogenen Schlussfolgerungen nicht“.

- II/13 24-V-36-0006 Leitfaden zum klimaresilienten Umgang mit Niederschlagswasser  
„Die CDU-Fraktion stimmt der Vorlage grundsätzlich zu. Wir erwarten aber, dass vor einer Satzungsänderung die offenen Fragen bezüglich der Folgen für das derzeit bestehende Abwassersystem insgesamt und die Frage der Kostentragung für die Maßnahme und ihre Folgen im Speziellen geklärt und zur Beratung vorgestellt werden“.

## **II. Abstimmungsverhalten**

### **Tagesordnung II**

Die CDU-Fraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgendem Tagesordnungspunkt:

- II/2 23-F-63-0025 Alternativantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt zu Top I.7 "23-F-69-0010 - Ein dritter Tag für das Theatrium – ein dritter verkaufsoffener Sonntag für die Innenstadt" der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 09. Februar 2023 - Bericht des Dezernates II vom 04.03.2024 –

An den  
Stadtverordnetenvorsteher  
Herrn Dr. Gerhard Obermayr  
- im Hause -

Wiesbaden, 20.03.2024

**Protokollnotiz und Abstimmungsverhalten der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. März 2024**

**1. Protokollerklärungen**

Fehlanzeige

**2. Abstimmungsverhalten**

Die FDP-Fraktion stimmt mit **NEIN** zu:

- **II/3 Leitfadem zum klimaresilienten Umgang mit Niederschlagswasser (nur BP 2.2, sonst Zustimmung)**

Die FDP-Fraktion stimmt mit **ENTHALTUNG** zu:

- **II/14 Sanierung und Erweiterung der AWO KiTa Betty Coridass, Deckung des Mehrbedarfs 2023**

Christian Diers  
Fraktionsvorsitzender

Jeanette-Christine Wild  
Fraktionsgeschäftsführerin



Wiesbaden, 19.03.2024

## Protokollnotiz der AfD-Fraktion zur STVV am 21.03.2024

### ÄNDERUNGEN ZUR TAGESORDNUNG I

1. Vorschläge zur Umsetzung

keine

2. Vorschläge zur Absetzung

Keine

### PROTOKOLLERKLÄRUNGEN / ABSTIMMUNGSVERHALTEN DER AfD-FRAKTION

3. Protokollerklärungen der AfD-Fraktion zu folgenden Tagesordnungspunkten

4. Abstimmungsverhalten

4.1 Tagesordnung II

Die AfD-Fraktion stimmt mit **Ablehnung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- II/1. Kostenfreie Menstruationsprodukte an weiterführenden... 22-V-40-0006

Die AfD-Fraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- II/2. Ein dritter Tag für das Theatrum... 23-F-63-0025
- II/3. Einführung des Schülertickets Hessen WI15 23-V-05-0062
- II/6. Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90... 23-V-51-0050
- II/12. Halbjährlicher Bericht (II/2023) über die Aufnahme... 24-V-20-0009

5.2 Tagesordnung III

Die AfD-Fraktion stimmt mit **Ablehnung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- III/2. Entlastungen vom Kurbeitrag... 24-F-63-0027
- III/3. Erhöhung des Zweitwohnungsteuersatzes von 10 %... 24-V-21-0001

### 5.3 Tagesordnung IV

Die AfD-Fraktion stimmt mit **Ablehnung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- IV/3. Online-Casinospiel - Abschluss eines Letter of Intent 24-V-02-0003

Die AfD-Fraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- IV/4. Bericht zur Entwicklung eines Spezialfonds 24-V-20-0005
- IV/5. Bericht zur Entwicklung eines Spezialfonds 24-V-20-0008
- IV/6. Greensill - weiteres Vorgehen 24-V-20-0010

### **5. Anlagen, Beschlüsse, Stellungnahmen**

Werden von Amt 16 gesammelt

Mit freundlichen Grüßen

*Stefan Beckmann*

*Büroleiter*

*AfD-Rathausfraktion Wiesbaden*

An Hr. Dr. Jörn Heimlich  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
Im Hause

Wiesbaden, den 19. März 2024

Protokollnotizen und Abstimmungsverhalten der Stadtfraktion DIE LINKE. In der Stadtverordnetenversammlung vom 21. März 2024

**1. Protokollerklärungen**

- III/4 24-V-37-0002 Anpassung der Feuerwehrsatzung der Landeshauptstadt Wiesbaden  
*„Die Linke Stadtfraktion begrüßt, dass die neue Form der Feuerwehrsatzung nun vorliegt. Auch aufgrund des Zeitdrucks liegt die Satzung ausschließlich im generischen Maskulinum vor. In der nächsten Überarbeitung der Satzung gehen wir davon aus, dass auf die Nutzung des generischen Maskulinums verzichtet wird und, dass durch geschlechtersensible Sprache alle Personen angesprochen werden, die durch die Satzung auch gemeint sind.“*

**2. Abstimmungsverhalten**

**2.1 Tagesordnung II**

Die Linke Stadtfraktion stimmt mit **Nein** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- Fehlanzeige

Die Linke Stadtfraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- Fehlanzeige

**2.2 Tagesordnung IV**

Die Linke Stadtfraktion stimmt mit **Nein** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- Fehlanzeige

Die Linke Stadtfraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- Fehlanzeige



Schloßplatz 6  
**65183 Wiesbaden**  
fraktion@fwg-proauto.de  
fraktionsgemeinschaft.fwg-proauto.de

Fraktion FWG / Pro Auto, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden

An den Stadtverordnetenvorsteher  
Herrn Dr. Gerhard Obermayr

über Amt 16

Wiesbaden, den 19.03.2024

**Abstimmungsverhalten zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21.03.2024**

**TO II**

**TOP 1: 22-V-40-0006** Kostenfreie Menstruationsprodukte an weiterführenden Schulen in Wiesbaden

→ **Ablehnung**

**TOP 2: 23-F-63-0025** Alternativantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt zu Top I.7 "23-F-69-0010 - Ein dritter Tag für das Theatrum – ein dritter verkaufsoffener Sonntag für die Innenstadt" der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 09. Februar 2023

→ **Enthaltung**

**TOP 8: 24-F-63-0018** Künstliche Intelligenz in der Stadtverwaltung: Pilotprojekte, rechtssichere Nutzung und Synergieeffekte mit KI-Investitionen - Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 05.03.2024 –

→ **Ablehnung (siehe Protokollnotiz)**

**TOP 13: 24-V-36-0006** Leitfaden zum klimaresilienten Umgang mit Niederschlagswasser

→ **Enthaltung**

TO IV:

TOP 6: 24-V-20-0010 Greensill - weiteres Vorgehen

→ Enthaltung

**Protokollnotizen:**

TO II:

TOP 8: 24-F-63-0018 Künstliche Intelligenz in der Stadtverwaltung: Pilotprojekte, rechtssichere Nutzung und Synergieeffekte mit KI-Investitionen - Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 05.03.2024 –

→ **Protokollnotiz: Solche Themen müssen im Rahmen einer Gesamtdigitalisierungsstrategie beschlossen werden!**

TO III:

TOP 2: 24-F-63-0027 Entlastungen vom Kurbeitrag - Neufassung der Kurbeitragssatzung - Ersetzungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt zu TO I TOP 6 „Kurtaxe Jugendherberge und Jugendnaturzeltplatz“ der Sitzung des Ausschusses Finanzen und Beteiligungen am 13. März 2024-

→ **Protokollnotiz: Die Fraktion enthält sich bei diesem Punkt, da sie die Anpassung der Kurtaxe in der Höhe und auch die Erweiterung der letzten Beschlüsse weiterhin ablehnt.**

**Wir begrüßen die Nachbesserung für Jugendherberge und Zeltplatz, was ja gerade Kindern und Jugendlichen zu Gute kommt, fordern aber eindringlich die Rücknahme der Änderungen des Vorbeschlusses mit 5 Euro für Geschäftsreisende, um den Standort Wiesbaden für Hotellerie und Gastronomie nicht weiter zu schädigen.**

Mit freundlichen Grüßen

**Christian Bachmann**

Fraktionsvorsitzender

**Lea Nickel**

Fraktionsreferentin

# BLW/ULW/BIG

Rathausfraktion

BLW/ULW/BIG Rathausfraktion  
Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
Gerhard Obermayr  
- Im Hause -

## BLW/ULW/BIG

Rathausfraktion

Rathaus Zimmer 306  
Schloßplatz 6  
65183 Wiesbaden

Fraktionsvorsitzende:  
Renate Kienast-Dittrich  
Stellv. Fraktionsvorsitzende:  
Veit Wilhelmy, Faissal Wardak

Telefon: 0611 313303 / 313309  
Fax: 0611 315999

Mail: blw-ulw-big@wiesbaden.de

Wiesbaden, den 19.03.2024

Sehr geehrter Herr Obermayr,  
wir möchten Ihnen folgende Mitteilung der Fraktion BLW/ULW/BIG zur Kenntnis geben:

### 1. Protokollerklärungen

III/2 **24-F-63-0027** Entlastungen vom Kurbeitrag - Neufassung der Kurbeitragssatzung:  
Da wir generell für eine Rücksetzung der Kurbeitragssatzung auf die vorherigen Werte und Regelungen sind gehen uns die Änderungen hier nicht weit genug. Daher stimmt die Fraktion mit **nein** zu diesem Punkt.

### 2. Abstimmungsverhalten

#### 2.1 Tagesordnung II

/

#### 2.2 Tagesordnung IV

Die Fraktion stimmt mit **Nein** zu folgendem Tagesordnungspunkt:

- IV/3 **24-V-02-0003** Online-Casinospiel - Abschluss eines Letter of Intent

Renate Kienast-Dittrich  
Fraktionsvorsitzende

i.A. Andrea Monzel  
Fraktionsreferentin